

## JÜRGEN HOFMANN

# Forum der Historischen Kommission der SPD zum 150. Jahrestag der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49

Die Barrikadenkämpfe des 18. und 19. März 1848 in Berlin sind zweifelsohne ein Höhepunkt und Glanzlicht jener bürgerlich-demokratischen Revolution, die in ihrer deutschen wie europäischen Dimension bereits Konflikte signalisierte, welche über das hinauswiesen, was in der Mitte des 19. Jahrhunderts auf der Tagesordnung stand und eine Chance auf Verwirklichung hatte. Die Arbeiterbewegung hat sich deshalb im Gegensatz zum Bürgertum von Anbeginn zum Vermächtnis der Berliner Barrikadenkämpfer bekannt und die Ehrung der Märzgefallenen stets zur Demonstration politischen Selbstbewußtseins genutzt. Mit ihrem zweitägigen Forum am 20. und 21. März 1998 im Berliner Abgeordnetenhaus stellte sich die Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD bewußt in diese Tradition. Doch das Forum wollte natürlich nicht nur eine Verbeugung an die Akteure vor 150 Jahren sein. Neben der Bekräftigung von Traditionslinien sollten vor allem die nicht nur für den Wahlkampf wichtigen Eckpfeiler gegenwärtigen und künftigen Gesellschaftsverständnisses in das Blickfeld gerückt werden. Schwerpunkte, Referenten und Veranstaltungsregie waren sorgfältig darauf abgestimmt. Die Historische Kommission hatte dazu viel wissenschaftliche und politische Prominenz gewonnen. Der Historiker Rüdiger Hachtmann, der zum Jubiläumjahr eine vielbeachtete Monographie zur Berliner Revolution vorgelegt hatte, fehlte leider im Aufgebot der Referenten.

Das Generalthema verband das Revolutionsjahr 1848 mit dem Wahljahr 1998 und orientierte auf »Tradition und Zukunft sozialer Demokratie in Deutschland«. *Bernd Faulenbach* (Bochum), der Vorsitzende der Historischen Kommission, bekräftigte, daß »die Beschäftigung mit 1848 und seinen Folgen« beitragen könne, »das Bild demokratischer Traditionen und unser Selbstverständnis zu klären« und zugleich helfe, »die Spezifika der derzeitigen Konstellation im Lichte der Geschichte zu erfassen«. Folgerichtig stand am Beginn der Beratungen ein Referat von *Johannes Rau* zum Platz von 1848 im Traditionsverständnis der deutschen Sozialdemokratie und am Abschluß der Auftritt des designierten Kanzlerkandidaten *Gerhard Schröder*.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende scheute sich nicht, Karl Marx und Friedrich Engels sowie ihr »Manifest der Kommunistischen Partei« in die sozialdemokratische Tradition einzubinden. Ansonsten spielten die beiden exponierten Akteure, exzellenten Beobachter und anregen-

Jürgen Hofmann – Jg. 1943, Historiker, Berlin. Prof. Dr. sc. phil., Internationaler Wissenschaftlicher Beirat der ITH (Linz). Arbeitsgebiete: Revolutionsgeschichte 1848/49, nationale Frage, DDR- und SED-Geschichte, empirische Forschungen zur ostdeutschen Identität.

Insbesondere die Wurzeln der Sozialdemokratie sind in dieser Revolution zu suchen. Erinnert sei nicht nur an Marx und Engels, sondern auch an die Arbeiterverbrüderung des Stephan Born. Wesentliche Kontinuitäten von der Revolution zu der sozialdemokratischen Bewegung der sechziger Jahre lassen sich feststellen. Hinzu kommt, daß die Sozialdemokratie sich bald als Erbe der 48er Revolution sah, eines Erbes, das die liberale Bürgertum ausgeschlagen hatte. Tatsächlich wird man die Sozialdemokratie nicht nur als

den Analytiker des damaligen Geschehens während der zwei Tage eine eher beiläufige und meist gar keine Rolle. Für Rau ist das »Manifest« nach wie vor »ein Stück Weltliteratur«, zugleich aber auch »Schlüsseltext für die totalitären kommunistischen Parteien und ihre doktrinären Ideologien«. Ob diese politische Kampfschrift aus dem Jahre 1848 auf eine »Heilsgeschichte in der profanen Sprache der Nationalökonomie« reduziert werden kann, wäre im Kontext der Debatte um historische und aktuelle Aspekte der »Bürgergesellschaft« und dem Postulat, soziale Gerechtigkeit anzustreben, eine nähere Erörterung wert gewesen. Soviel kritisch-konstruktive Marxrezeption sollte wiederum nicht sein.

Nachdem Reinhard Rürup (Berlin) *Revolution und Volksbewegung 1848/49* in den Kontext der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts eingeordnet und dabei vor allem Probleme der jüdischen Bürger akzentuiert hatte, wandte sich Klaus Tenfelde (Bochum) der sozialen Frage und der sozialen Bewegung zu. Tenfelde konzentrierte sich dabei besonders auf die Entstehungsgeschichte der Arbeiterbewegung und deren Entwicklung bis zur Reichsgründung. Die Herausbildung der deutschen Arbeiterbewegung wollte er in Anknüpfung an Hans-Ullrich Wehlers Begriffsbildung in eine »Doppelrevolution« eingebettet wissen. Mit der »Doppelrevolution« sei sowohl die 1848er Revolution als auch die industrielle Revolution im Blick. Die Revolution habe die Wahrnehmung der sozialen Differenzierungsprozesse »ungemein stark beschleunigt«. Zu den »eigenartigen Grundzügen« in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung gehöre, »daß die politische Formierung durchgängig der Herstellung sozialer Voraussetzungen voraussetze«. Überfällig sei eine Neubewertung der Bedeutung der Reichsgründung für die junge Arbeiterbewegung. Die vom Sozialistengesetz beförderte »Milieubildung« und deren »Funktion als Sozialisationsinstanz mit politischer Bindewirkung für die nächste Generation« bezeichnete Tenfelde als »fatal« und »unheilvoll«, da sie Integrationsprozessen entgegengewirkt habe. Ob die in diesem Zusammenhang erwähnte »ungespaltene Zivilgesellschaft« eine realistische Folie sein kann, bleibt dahingestellt. Zunächst erwies Tenfelde jedoch den Leistungen der DDR-Historiographie bei der Erforschung der frühen Arbeiterbewegung seine Referenz. Da solche Geste wissenschaftlicher Lauterkeit durchaus unüblich geworden ist, verdient sie besondere Erwähnung.

Eine Diskussionsrunde zum Versagen des deutschen Liberalismus vereinte *Helga Grebing, Reinhard Rürup, Klaus Tenfelde und Heinrich August Winkler* (Berlin) unter der Moderation von *Klaus Schönhoven* (Mannheim). Meinungsstreit kam in dieser Runde nicht auf. Befürworter der These vom Versagen des Liberalismus, die zum Standard marxistischer Geschichtsinterpretation gehörte, waren außen vor geblieben. Die Botschaft dieser Diskussionsrunde ist wohl am präzisesten von Helga Grebing formuliert worden. Sie vermochte in dem »Vorrang, den die deutschen Liberalen ihren ökonomischen Interessen vor der Einlösung ihres liberal-demokratischen Credos einräumten«, kein Versagen, sondern eher das Gegenteil zu sehen. Zugleich bedauerte sie, daß nach der Jahrhundertwende keine »politisch-kulturelle Symbiose zwischen Sozial-

emanzipationsbewegung des vierten Standes, sondern zugleich auch als Demokratiebewegung auffassen können.

Bernd Faulenbach

Aufs Ganze gesehen war es aber doch die demokratische Arbeiterbewegung, die sich den Ideen und den Idealen von 1848 am meisten verpflichtet fühlte, obwohl es eine bürgerliche Revolution war und obwohl in der Frankfurter Paulskirche kein einziger Arbeiter saß.

Wir dürfen ...nicht zulassen, daß Freiheit allein auf individuelle Entscheidungsfreiheit ohne soziale Verantwortung verkürzt wird. Wir müssen uns dagegen wehren, wenn unter Berufung auf vorgebliche ökonomische Sachzwänge Ungleichheit eingefordert wird, weil nur sie Flexibilität und Dynamik bringe. Johannes Rau

Viele Begleiterscheinungen jener Verfassungsentscheidung, die die Sozialdemokratie stark und schwach machte, wären unter integrativ evolutionär orientierten Ausgleichsprozessen in einer ungespaltenen Zivilgesellschaft unterblieben. Da wäre zum Beispiel die unheilvolle Milieubildung, die spätestens vom Sozialistengesetz eingeleitet wurde und als deren großartigen Ausdruck wir die Arbeiterkulturbewegung der Wilhelminischen Zeit nun wirklich lange genug gefeiert haben. Fatal an dieser Milieubildung war ihre übergenerationelle Wirksamkeit, ihre Funktion als Sozialisationsinstanz mit politischer Bindewirkung für die nächste Generation.

Klaus Tenfelde

Mit »Bürgergesellschaft« meine ich einen in den Diskursen des Aufklärungszeitalters entstandenen Entwurf zukünftiger Kultur, Gesellschaft und Politik, eine Vision, ein Projekt: Es zielt auf eine Gesellschaft mündiger, gleichberechtigter und freier Bürgerinnen und Bürger, die auf marktwirtschaftlicher Grundlage als Privatpersonen, in Familien und in der Öffentlichkeit, unter dem Schutz rechts- und verfassungsstaatlicher Institutionen, zunehmend demokratisiert, gebildet und vernünftig zusammenleben und ihr Zusammenleben ohne obrigkeitstaatliche Gängelung und ohne überflüssige Herrschaft und Ungleichheit, selbständig und gemeinsam organisieren.

Sehr lange und im Grunde bis heute klappt ein Spalt zwischen dem vollmundigen Anspruch des bürgergesellschaftlichen Programms und seiner begrenzten Realisierung, seinem Freiheits- und Gleichheitspathos einerseits, der real sehr ungleichen Verteilung seiner Früchte und Kosten andererseits.

Jürgen Kocka

Offenbar müssen wir mehr auf das Verhalten in den politischen Prozessen, auf den Stil der Politik achten. Vielleicht bietet dessen Veränderung mehr Chancen als neue Institutionen.

So müssen wir mindestens zwei Hindernisse angehen, um die Bürgergesellschaft im Dienste der sozialen Demokratie, eines freiheitlichen und solidarischen Zusammenlebens, zum Gelingen zu verhelfen: Wir müssen offen, ehrlich und versöhnlich die Brüche unserer

demokratie und Bildungsbürgertum« zustande kam, die der Weimarer Republik mehr gesellschaftliche Stabilität verschafft hätte.

Am zweiten Beratungstag dominierte das Stichwort der Bürgergesellschaft. *Jürgen Kocka* (Berlin) umriß den Beitrag der Sozialdemokratie zur Herausbildung der Bürgergesellschaft. Er referierte ausführlich die Reichstagsdebatte um das Militärstrafrecht am 18. März 1898, in der August Bebel eine entlarvende Diskussion zum Vermächtnis der Berliner Märzrevolution provoziert hatte, um das damalige Verhältnis der Sozialdemokratie zur unvollendeten Bürgergesellschaft zu problematisieren. Nach einem begriffsgeschichtlichen Exkurs definierte er sein eigenes Verständnis von »Bürgergesellschaft« als »Vision einer modernen, pluralistischen, säkularisierten Gesellschaft freier und selbständiger Individuen, die ihre Beziehungen untereinander friedlich und vernunftgeleitet regeln, ... ohne allzuviel soziale Ungleichheit und ohne obrigkeitstaatliche Gängelung«. Eine gewisse Distanz zum Parlamentarismus und damit zu einem zentralen Element des bürgergesellschaftlichen Programms habe sich in der Sozialdemokratie lange gehalten. Die Kritik der Arbeiterbewegung an den sozial beschränkten Möglichkeiten einer Teilhabe an der Bürgergesellschaft habe zu deren Verwirklichung beigetragen. Vor allem die Sozialdemokratie könne, anders als die Kommunisten, für sich entscheidende Beiträge im Kampf um die Realisierung der Bürgergesellschaft reklamieren. Auch die Ergänzung und Erweiterung des bürgergesellschaftlichen Programms gehe auf das Konto der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

*Gesine Schwan* (New York/Berlin) versuchte aus den unterschiedlichsten Traditionssträngen der Idee der Bürgergesellschaft politische Konsequenzen in heutiger Zeit abzuleiten und dafür Erfahrungen und Diskussionen in den USA zu mobilisieren. Für sie ist der Versuch, über Strukturveränderungen und Institutionen demokratische Teilhabe auszuweiten »gleichsam ausgereizt«. Einen Ausweg sieht sie in einem veränderten Politikstil, in einem »besseren Bürger« und in einer neuen Chance für die Familie unter deutlich zu verbessernden Rahmenbedingungen. Ihr schwebt eine Gesellschaft vor, »in der wir uns, auch im Verhältnis der Geschlechter zueinander, nicht gegenseitig austricksen oder attackieren, sondern ergänzen, in der wir Konflikte offen und zugleich mit Sinn für Verständigung austragen«. Die Logik solcher Visionen impliziert genau genommen eine gesellschaftliche Fundamentalkritik. Da in den anregenden Erörterungen zur Bedeutung zwischenmenschlicher Beziehungen für die politische Kultur einer Gesellschaft Reproduktions-, Eigentums- und Verteilungsverhältnisse konsequent ausgespart wurden, blieb eine wesentliche Seite des Dilemmas der praktizierten und angestrebten Bürgergesellschaft unausgesprochen. Neben den von Gesine Schwan benannten Hindernissen – den Umgang mit Brüchen unserer deutschen Biographien und den Erosionstendenzen der modernen Gesellschaft – dürfte die Kluft zwischen demokratischem und humanistischem Anspruch einerseits und der deformierenden Allmacht übergroßer ökonomischer Potentiale und ihrer Verwertungsinteressen andererseits zum eigentlichen werden.

Der zwischengeschaltete Beitrag von *Markus Meckel* über die Rolle der Bürgerrechte bei der Überwindung der Diktatur, selbstverständlich bezogen auf die DDR, vermochte sich nur bedingt in den von Jürgen Kocka und Gesine Schwan gespannten Rahmen einzufügen. Dies war insofern schade, als wohl kein anderes jüngeres Ereignis in Deutschland soviel Möglichkeiten der Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen durch eine hochgradig politisierte Bevölkerung in sich barg und eine so ausgeprägte politische Kultur der Gewaltlosigkeit und der Konsensuche demonstrierte wie die kurze Phase der DDR zwischen November 1989 und Währungsunion. Diesen Ereignissen und dieser Protestbewegung nachträglich die deutsche Einheit als eigentliche Sinngebung zu unterschieben, greift zu kurz. Dafür geriet der Bogen mit den abschließenden außenpolitischen Empfehlungen für den Umgang mit Diktaturen und ihren Repräsentanten wieder großzügig.

Als letzter Schwerpunkt komplex standen Zusammenhänge von nationaler Frage, Demokratie und Nationalismus seit 1848 in Deutschland zur Beratung. Heinrich August Winkler, den diese Thematik schon seit vielen Jahren umtreibt, spannte den Bogen von den Quellen und Anfängen deutscher Nationalbewegung, über ihren reaktionären und schließlich faschistischen Mißbrauch bis zur Situation des vereinigten Deutschland. Fast zweihundert Jahre waren dabei einzufangen. Angesichts bemessener Redezeit mußte das zur »tour de force« geraten, wie er selbstkritisch bemerkte. Dennoch war nicht zu überhören, daß hier ein Kenner der Materie den Mut zur notgedrungen lückenhaften Skizze aufbrachte. Winkler erinnerte an die Widersprüchlichkeit des frühen deutschen Nationalismus, der neben seinen antifranzösischen und nostalgischen Elementen auch manches antisemitische Vorurteil einschloß. Dennoch sei der deutsche Nationalismus im vorigen Jahrhundert eine vorwiegend liberale bis linke Ideologie mit deutlichem emanzipatorischen Akzent gewesen. Erst nach der Reichsgründung vollzog sich der Wandel zu einer rechten Ideologie. Die Vereinnahmung des Nationalgedanken durch konservative und reaktionäre Kreise wurde für linke und sozialistische Kräfte in Deutschland zu einer bis heute wirkenden Hemmschwelle, die den Umgang mit der nationalen Thematik immer wieder behindert bzw. für nicht opportun erscheinen läßt. Doch dieses Problem blieb bei Winkler leider ausgespart. Dafür verwies er auf die Bedeutung, die der deutsche Faschismus dem extremen Nationalismus für die Bekämpfung des Marxismus beimaß. An die Stelle der Erinnerung an eine erfolgreiche Revolution hätte für die Deutschen die Erinnerung an das »Dritte Reich« stabilisierend für die Demokratie gewirkt. Angesichts der Entfremdung von West- und Ostdeutschen müsse laut Winkler von einer Neubildung der Nation ausgegangen werden.

Das zweitägige Forum schloß mit einer Rede des designierten SPD-Kanzlerkandidaten *Gerhard Schröder*. Wie nicht anders zu erwarten, stand diese ganz im Zeichen des Wahlkampfes und der Probleme, die ein künftiges Kabinett Schröder anpacken wolle. Nachdem er das Erbe der demokratischen und liberalen Bewegung für die Sozialdemokratie reklamiert hatte, machte er die SPD als die »Neue Mitte Deutschlands« aus, die bei den anstehenden

deutschen Biographien zu heilen versuchen und wir müssen versuchen, den Erosionstendenzen der modernen Gesellschaft auf freizeithilfliche Weise Einhalt zu gebieten.  
Gesine Schwan

Die deutsche Revolution von 1848/49 ist, darin stimmen die meisten Historiker überein, in letzter Instanz an einer historischen Überforderung des Liberalismus gescheitert.

Das wiedervereinigte Deutschland ist immer noch ein Land mit einer gespaltenen politischen Kultur und einer gespaltenen kollektiven Erinnerung.

Die Modernisierung und Demokratisierung der deutschen Vorstellung von Nation ist eine der großen Herausforderungen, vor die die werdende »Berliner Republik« gestellt ist – und wohl noch mehr als das, nämlich ein integrierender, normativer Bestandteil jener Neubildung der deutschen Nation, von der man angesichts der wechselseitigen Entfremdung von West- und Ostdeutschen in den vier Jahrzehnten staatlicher Teilung wohl sprechen muß.  
Heinrich August Winkler

Bei diesem Modernisierungsprozeß setzt die SPD auf die Leistungsträger unserer Gesellschaft. ... Das sind Menschen, auf die wir bauen. Gemeinsam mit diesen Leistungsträgern unserer Gesellschaft bilden wir Sozialdemokraten die Neue Mitte Deutschlands.  
Gerhard Schröder

Modernisierungen auf die Leistungsträger der Gesellschaft setze. Spätestens hier wurde klar, warum dem Thema der Bürgergesellschaft und der Rehabilitierung des Liberalismus ein so exponierter Platz im Veranstaltungsverlauf zugewiesen war.

Die gutbesuchte Veranstaltung der Historischen Kommission der SPD zur Revolution von 1848/49 präsentierte sich als ein Lehrstück des vielschichtigen Zusammenhanges von Geschichte und Politik, eines Dialoges, auf den wohl keine politische Partei verzichten kann und darf. Die Gretchenfrage bleibt dabei, inwieweit sich Geschichtswissenschaft als eigenständiger und ab und an auch als widerborstiger Part gegen politischen Pragmatismus und Vereinnahmung behaupten kann.